



HESSISCHER LANDTAG

21. 05. 2013

Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE

betreffend erfolgreiche Klage gegen kommunalfeindliche Politik der Landesregierung und Steuerausfälle in dreistelliger Millionenhöhe erfordern komplettes Umsteuern in der Kommunal- und Finanzpolitik

Der Landtag stellt fest:

1. Die erfolgreiche Klage der Stadt Alsfeld gegen die Landesregierung wegen Kürzung des Kommunalen Finanzausgleichs um jährlich ca. 350 Mio. € ist eine schallende Ohrfeige für die kommunal- und verfassungsfeindliche Politik der Landesregierung. Der Landtag begrüßt die Entscheidung des Staatsgerichtshofs zugunsten der hessischen Kommunen und kritisiert, dass die Landesregierung und schwarzgelbe Regierungsmehrheit trotz massiver Proteste und vielfacher Hinweise über die Köpfe der Menschen hinweg eine verfassungswidrige Politik durchzusetzen versuchten.
2. Nach der erfolgreichen Klage gegen die Landesregierung wegen der unrechtmäßigen Abschaltverfügung zum Atomkraftwerk Biblis mit möglichen Kosten von fast 200 Mio. €, mit den zu hoch angesetzten Steuereinnahmen von mehreren Hundert Mio. € und der von der Landesregierung nicht ausreichend etatisierten Besoldungserhöhung von gut 100 Mio. €, kommen auf den Landeshaushalt nun weitere nicht etatisierte dreistellige Millionenkosten hinzu. Der mit schwarzgelber Regierungsmehrheit beschlossene Haushalt für die Jahre 2013 und 2014 entbehrt damit jeglicher Grundlage.

Der Landtag wolle beschließen:

Der hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, noch vor den Landtagswahlen einen Nachtragshaushalt vorzulegen, in welchem die aufgerissenen Lücken gedeckt werden. Dabei soll die Landesregierung darauf hinwirken, dass:

- a) die bereits verfassungswidrig gekürzten Mittel des Kommunalen Finanzausgleiches den Kommunen erstattet und der Kommunale Finanzausgleich im Haushalt für die Jahre 2013/2014 entsprechend korrigiert wird,
- b) die weiteren Fehlbeträge durch die Besoldungserhöhung, mögliche Millionenstrafe wegen der rechtswidrigen Abschaltverfügung Biblis sowie der Steuerausfälle gedeckt werden,
- c) Vorschläge zum Ausgleich des Landeshaushaltes bei Berücksichtigung anstehender Kosten durch eine sozial gerechte Besteuerung endlich berücksichtigt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 21. Mai 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen